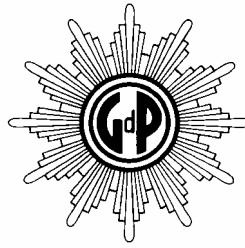


# INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,  
Fernsehen

<http://www.gdp.de>  
gdp-pressestelle@gdp-online.de



Gewerkschaft  
der Polizei

Bundesvorstand

---

Wiesbaden, 28. Februar 2008

Kundgebung der Gewerkschaft der Polizei anlässlich des Warnstreiks der Beschäftigten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden am 28. Februar 2008

## Rede des GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

für die Beschäftigten des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei bedeutet diese Tarifrunde die Stunde der politischen Wahrheit.

Deshalb stehen wir hier!

In dieser Tarifrunde wird sich entscheiden, ob die Anerkennung unserer täglichen Leistungen

- in der Terrorismusbekämpfung,
- bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität,
- in der Bewältigung von Großlagen – von der Fußballweltmeisterschaft bis hin zum G8-Gipfel –

tatsächlich gewürdigt werden,

oder ob das, was uns die Politiker erzählt haben, nur Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse sind.

Alle führenden Politiker sind voll des Lobes über die Arbeit und die Leistungen der deutschen Polizei im In- und Ausland.

Auf unserem Bundeskongress im November 2006 in Berlin hat uns das Bundeskanzlerin Angela Merkel dies noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Die SPD, mit ihrem Vorsitzenden Kurt Beck, hat dieses Jahr, als das Jahr der Arbeitnehmer bezeichnet, die endlich mehr Einkommen erhalten müssen.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin  
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190  
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat davon gesprochen, dass dieser Wirtschaftsausschwung bei allen ankommen solle.

Wie wahr – wir hören die Worte gerne. Doch den Worten müssen auch Taten folgen.

Jetzt führen wir Tarifverhandlungen mit dem Bundesinnenminister für die Arbeiter und Angestellten bei der Bundespolizei und beim Bundeskriminalamt.

Hier haben auch die Bundespolitiker Gelegenheit, ihren schönen Worten nun endlich auch Taten folgen lassen.

Leider hat sich das Arbeitgeberlager in den letzten Jahren gesplittet: in Bund und Gemeinden und in die Tarifgemeinschaft der Länder, denen 14 Länder angehören, und in die separaten Länder Hessen und Berlin.

Das ist sehr bedauerlich. Aber wir dürfen es nicht zulassen, dass unsere Solidarität, die Solidarität der Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei in Bund und Ländern darunter leidet.

Denn nur GEMEINSAM sind wir stark.

In dieser Tarifrunde werden auch die Weichen für die Einkommensentwicklung der Tarifbeschäftigten in den Ländern - und ich betone ausdrücklich - für die Besoldungsrunden der Beamtinnen und Beamten im Bund und in den Ländern gestellt.

Die Polizei in Deutschland erwartet deshalb in dieser Tarifrunde ein deutliches Zeichen der Politik, dass die Zeit der Nullrunden und der Einkommenseinbußen mit gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung ein Ende hat.

Was uns die Arbeitgeber bisher angeboten haben, ist eine Frechheit!

Wir lassen uns nicht mit 2,5% in diesem Jahr und 0,4% im nächsten Jahr abspeisen und sollen dafür dann auch noch länger arbeiten.

Sie sollen wissen: Mit uns nicht! Wir sind nicht bereit, weitere Einkommenseinbußen hinzunehmen. Schluss mit der Bescheidenheit! Mehr Kohle heißt die Parole!

Denn:

Was wir in dieser Tarifaueinandersetzung nicht erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, holen wir auch an anderer Stelle nicht mehr rein. Weder in den Ländern, noch bei den Beamtinnen und Beamten.

Das wissen auch alle Kolleginnen und Kollegen, die heute z.B. aus Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland, Nordrhein-Westfalen nach Wiesbaden zu uns gekommen sind, um mit und zu kämpfen.

In der Signalwirkung dieser Tarifrunde liegt auch unsere Chance. Noch nie war die Stimmung gegenüber einer Forderungslage des öffentlichen Dienstes selbst in den Medien so gut wie in diesem Jahr.

Die Arbeitgeber täuschen und tarnen mit ihrem so genannten Angebot.

Und das hat unsere Kolleginnen und Kollegen erst recht auf die Palme gebracht!

Nicht nur, dass dieses Angebot völlig unzureichend ist, diese Mogelpackung lassen wir den Arbeitgebern nicht durchgehen!

Nicht umsonst sind in den vergangenen Wochen über 200.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Warnstreiks auf die Straße gegangen; darunter auch Polizeibeschäftigte.

Jeder Beschäftigte in der Polizei trägt täglich dazu bei, dass Deutschland zu den sichersten Ländern der Welt gehört.

Ohne die Innere Sicherheit ist ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht denkbar. Deshalb haben auch wir ein Recht darauf, an diesem Aufschwung teilzunehmen.

Solidarität ist das Gebot der Stunde.

Wer heute den Kopf in den Sand steckt, wird bald mit den Zähnen knirschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist ein reiches Land:

- Die Wirtschaft boomt.
- Die Gewinne der Unternehmen steigen. Rekordgewinne werden erzielt.
- Die Managergehälter steigen ins Unermessliche.
- Die Steuerquellen sprudeln. Der Staat bekommt mehr Geld.

Der Staatshaushalt insgesamt hat im letzten Jahr mit einem Plus von 200 Millionen Euro abgeschlossen (also mehr eingenommen als ausgegeben). Im Jahr vorher betrug das Minus noch 37 Milliarden Euro. Eine außerordentlich positive Entwicklung des Staatshaushaltes.

Dazu haben auch wir unseren Beitrag geleistet, dafür haben wir auch Opfer erbracht.

Dem Staatshaushalt geht es gut – in unseren eigenen Haushalten wird es klamm:

Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sind in den letzten Jahren gesunken; und alles auf unsere Knochen, zu unseren Lasten.

Die Kluft zwischen arm und reich wird größer. Millionen von Menschen sind arbeitslos und ihnen fehlt die Perspektive.

Noch viel mehr Menschen haben Angst um ihre bescheidene Existenz und sehen sich von Ausgrenzung bedroht.

7,4 Millionen Menschen sind auf Hartz IV-Leistungen angewiesen, das ist jeder neunte Bürger unter 65 Jahre. Mit einem Regelsatz von 347 Euro im Monat.

Auch der öffentliche Dienst ist nicht verschont.

Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit erhalten 13.000 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes trotz ihres Erwerbseinkommens ergänzend eine staatliche Transferzahlung.

1,9 Millionen Kinder beziehen Unterstützung aus Hartz IV, das sind 370.000 mehr als vor zweieinhalb Jahren. Reiches Land – arme Kinder!

Die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter vergrößert: Galten 1998 noch 12,1% als arm hat sich dieses nunmehr auf 13,5 % erhöht.

Die so genannten gesellschaftlichen Eliten versagen zunehmend. Viele Manager von Großkonzernen sind in ihrem Verhalten maß- und verantwortungslos. Während sie für ihre Konzerne Rekordgewinne in Milliardenhöhe verkünden, wird gleichzeitig der Abbau von tausenden Arbeitsplätzen angekündigt. Ob sie Siemens oder Nokia heißen.

Und es geht noch perverser!

Den Ankündigungen von tausendfacher Arbeitsplatzvernichtung folgt ein Anstieg der Aktienkurse, damit auch die Aktienbesitzer davon profitieren. Einfach skrupellos und unerträglich!

Die Gewinne und Vermögenseinkommen sind in den vergangenen vier Jahren um 25% angestiegen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von Realeinkommensverlusten betroffen, während die Bezüge von Managern drastisch gestiegen sind.

In den letzten acht Jahren haben sich die Einkommen der Vorstände in den 30 Dax-Unternehmen verdoppelt; allein im letzten Jahr haben sich ihre Bezüge um 17% erhöht.

Je Vorstandsmitglied beträgt die Jahresvergütung rund 1,8 Mio. Euro. Der Vorstandsvorsitzende z. B. von RWE hat 2006 16,5 Mill. Euro erhalten.

Die Manager dieser Konzerne bekommen das 200-300-fache eines Facharbeiters. Sie bekommen es, aber sie haben es nicht verdient.

Es gibt noch eine Steigerung in der Habgier!

Die Pensions- bzw. Rentenansprüche der Manager.

So erhält z. B. der E.on-Chef 868.000 Euro Rente jährlich. Unglaublich aber wahr. Der TUI-Chef erhält 720.000 Euro jährlich.

Noch ein besonders abschreckendes Beispiel:  
Der Ex-EnBW-Chef Utz Claasen hat mit 44 Jahren freiwillig seinen Vorstandsposten geräumt.

Bis zur gesetzlichen Altersgrenze von 63 Jahren erhält er vom Unternehmen 19 Jahre lang über 400.000 Euro im Jahr.

Diese Personen predigen uns Verzicht und stecken sich selbst die Taschen voll. In den Talkshows lamentieren sie dann und versuchen der Öffentlichkeit weiszumachen, dass die Renten sinken müssen.

Diese Personen drücken sich vor der sozialen Verantwortung für die Menschen im Land.

Diese so genannte Elite hat vielen Menschen im Lande den Verstand vernebelt.

Nach dem Motto: „Die Löhne sind zu hoch, die Menschen arbeiten zu wenig und der Sozialstaat ist zu teuer.“

Ich kann nur sagen: Viele Menschen sind zu gut erzogen, um mit vollem Mund zu sprechen, aber es gibt einige, die haben keine Bedenken, es mit leerem Kopf zu tun.

Unsere Gesellschaft verehrt die falschen Götzen!

- Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der WestLB hat durch Fehlspekulationen in Milliardenhöhe das Geldinstitut an den Rand der Insolvenz geführt.

Und was passiert?

Der Steuerzahler muss mit Milliardensummen in die Bresche springen.

Dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden stehen dennoch 30 Millionen Euro für die Restlaufzeit seines Vertrages zu.

- Der Chef der Mittelstandsbank IKB, die unter seiner Führung durch aberwitzige Spekulationen mit amerikanischen Hypotheken so ruiniert wurde, dass sie pleite gegangen wäre und nur durch Milliardenzahlungen aus dem Staatshaushalt zurzeit noch weiter bestehen kann, profitiert von diesem skandalösen Verhalten.

Er bekam für 2007 einen Sonderbonus von einer Million Euro.

Ihm steht jetzt eine Pension in Höhe von 31.500 Euro monatlich zu.

- Jürgen Schrempp war Chef von Daimler-Chrysler. Er verdiente rund 10 Millionen Euro im Jahr und vernichtete durch seine größenwahnsinnigen Pläne einer Welt-AG Aktienwerte in Höhe von 64 Milliarden Euro.

Schrempp erhielt dennoch Aktienoptionen im Wert von rund 50 Millionen Euro. Und Daimler stellt ihm weiterhin Büro, Auto und Personal zur Verfügung.

- Klaus Zumwinkel ist seit Jahren Multimillionär. Er verdient allein bei der Post rund drei Millionen Euro im Jahr. Zumwinkel hinterzog dennoch, so die Vorwürfe, mindestens eine Million Euro an Steuern, indem er Teile seines Vermögens nach Lichtenstein schaffte.

Vier Namen, vier unterschiedliche Fälle, aber sie stehen für dasselbe Problem: für die schleichende Zerstörung der Grundlagen unserer Gesellschaft durch die sog. Eliten.

Das sind dieselben Leute, die dann in den abendlichen Talk-Shows bei Themen wie „Jugendkriminalität“ den gesellschaftlichen Werteverfall beklagen. In diesen Talk-Shows sitzen sowieso zuviel Leute, die 20.000-30.000 Euro im Monat verdienen, und die denen die 2.000 Euro im Monat verdienen, einreden wollen, dass sie den Gürtel enger schnallen müssen.

Diese Leute untergraben den gesellschaftlichen Konsens.

Und jeder Kirchenmusiker weiß es: was verändert den Klang einer Orgel, wenn man eine Pfeife austauscht.

Der Fisch stinkt vom Kopfe her!

Jeder kennt den Spruch: Ehrlich währt am längsten. Doch diese Leute scheinen sich zu sagen: Ehrlich währt am längsten, aber wer hat schon soviel Zeit.

Lichtenstein ist eine Bezeichnung für eine Ansammlung von Steuerhinterziehungsanstalten.

Nach Schätzungen der Steuergewerkschaft haben Deutsche 400 Milliarden Euro un- versteuertes Vermögen im Ausland versteckt, das ist das 1,5 fache des laufenden Bundeshaushaltes.

Dabei handelt es sich um die gleichen Eliten, die den Staat schlank reden, den öffentlichen Dienst verkleinern und die Polizei reduzieren wollen, damit ihnen niemand auf die Schliche kommen kann.

Warum sonst

- erhöht man nicht die Zahl der Steuerfahnder

Warum sonst

- stockt man nicht die Zahl der Schwerpunktstaatsanwaltschaften auf

Warum sonst

- erhöht man nicht die Zahl der Wirtschaftskriminalisten.

Das ist aber nicht im Interesse der Personen, die uns Verzicht und Bescheidenheit predigen. Welcher Dieb fordert schon eine Erhöhung der Polizeipräsenz?

Und von diesen Leuten lassen sich unsere Politiker beraten und blenden.

Liebe Kollegen, liebe Kollegen,

wir lassen uns nicht von Leuten ökonomische Vernunft predigen, die an den Börsen Milliarden verzocken ohne die Konsequenzen tragen zu müssen, oder von denen, die ihre Vermögen illegal ins Ausland schaffen.

Für den Schaden muss der Steuerzahler aufkommen.

Für das unverantwortliche Gezocke der Banker müssen die Steuerzahler bisher 14 Mrd. Euro bezahlen.

Das sind nahezu drei Tarifrunden, wenn man unsere Forderungen erfüllen würde.

Was diese Leute machen, ist nichts anderes als verbotenes Glücksspiel mit dem Gehalt der Steuerzahler. Im Verhältnis zu deren Verhalten, ist Lotto schon fast eine sichere Art der Vermögensbildung.

Man sollte diesen Leuten das Handwerk legen, dann hätten der Staat genug Geld um seine Beschäftigten anständig zu bezahlen und könnte sogar noch die Steuern senken.

Wie kann es angehen, dass derartige sog. Steueroasen überhaupt existieren?

Hier liegt eine politisches Versäumnis ersten Ranges. Hier fehlt der politische Mut.

Doch wir haben immer mehr Politiker, denen die Bodenhaftung fehlt.

Nach der Karriereleiter: Vom Kreissaal in den Hörsaal und dann direkt in den Plenarsaal.

Ich kann einigen Politikern nur empfehlen, mal ein Praktikum bei der Polizei zu absolvieren, um persönliche Eindrücke zu sammeln, wie der Alltag unserer Bürgerinnen und Bürger aussieht.

Das würde garantiert zur Persönlichkeitsbildung beitragen.

Dann würden sie auch mehr Verständnis für die Situation der Beschäftigten der Polizei und für die Belastung des Berufes aufbringen.

Dann hätten sie die 9,4% Gehaltserhöhung, die sie sich im letzten Jahr gegönnt haben, auch verdient.

So, wie wir eine deutliche Verbesserung unser Einkommen verdient haben!

Wir wollen nicht viel, wir wollen lediglich die 9,4%, die auch unsere Abgeordneten erhalten.

Denn auch wir haben unseren Beitrag geleistet bzw. leisten müssen:

- das Weihnachtsgeld im Beamtenbereich wurde uns gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen;
- die Wochenarbeitszeit der Beamten wurde verlängert;
- das Personal im öffentlichen Dienst wurde in den letzten Jahren drastisch reduziert;
- die Arbeitsbelastung ist erheblich gestiegen;
- wir haben in den letzten drei Jahren keine lineare Gehaltserhöhung erhalten;

Auf der anderen Seite haben sich die Lebenshaltungskosten erheblich gestiegen. Insbesondere die Energiekosten. Allein im letzten Jahr betrug die Preissteigerungsrate 2,2%.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren Einkommensverluste von 15-20% zu verzeichnen haben.

Diesen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte hat man uns abgerungen.

Aber jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht! Der jährliche Reallohnverlust muss ein Ende haben.

„Wir wollen Kohle“, heißt die Parole!

In der letzten Woche haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bund und in den Kommunen ihren Unmut durch Warnstreiks deutlich gemacht. Über 200.000 Beschäftigte haben sich daran beteiligt. Die Resonanz war größer als wir erwartet haben. Eine erfreuliche Entwicklung. Der Unmut der Kolleginnen und Kollegen wurde nur zu deutlich.

Die Kolleginnen und Kollegen haben einige sehr geistreiche Transparente, was die Stimmungslage deutlich macht, mit sich geführt:

„Wir haben kein Konto in Lichtenstein - es müssen mindestens 200 Euro sein.“

„8% müssen es sein – wir brauchen Geld für Lichtenstein.“

„Habe Arbeit, brauche Geld.“

Das Anliegen der Beschäftigten wird nur zu deutlich.

Unsere heutige Aktion beim Bundeskriminalamt soll deutlich machen, dass sich auch die Beschäftigten des BKA solidarisieren. Es gibt keine weißen Flecken im öffentlichen Dienst, bei der Polizei.

Und erfreulich ist die Tatsache, dass sich Beamte und Beamtinnen solidarisieren, manche haben sogar lange Anfahrzeiten in Kauf genommen. Dafür möchte ich mich bei euch bedanken.

Und danke auch an alle Kolleginnen und Kollegen, die in ihrer Arbeitskleidung - in Uniform - hier erschienen sind. Ein schönes Bild zeigt sich uns hier.

Tatsache ist, dass das Arbeitgeberangebot einen weiteren Beitrag zum Reallohnverlust darstellt. In der Öffentlichkeit spricht Herr Schäuble von einem Angebot von 5%.

Damit will er uns und die Öffentlichkeit täuschen. Er unterschlägt dabei, dass das Angebot sich auf 24 Monate bezieht.

Jahresdurchschnittlich enthält das Angebot für 2008 eine Erhöhung um 2,5% und für 2009 um 0,41 %.



Und dieses soll noch mit einer Wochenarbeitszeitverlängerung von uns bezahlt werden.

Allein wenn man zu erwartende Preissteigerungsraten der kommenden Jahre berücksichtigt (im Jahre 2007 waren es immerhin 2,2%) dann wird daraus, ohne Rechenkünstler zu sein, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Minusrunde.

Wir werden dieses nicht akzeptieren. Wir fordern 8%, mindesten 200 Euro. Wir sind keine Büttel des Staates.

Mit uns ist es nicht zu machen – nach dem Motto: „Händchen halten, Köpfchen senken, immer nur an Schäuble denken.“

Wir wissen, was unsere Arbeit wert ist. Wir wollen Gerechtigkeit. Auch Verteilungsgerechtigkeit. Wir wollen auch vom Aufschwung profitieren.

Mehr Kohle heißt die Parole!

Wir haben es satt, für diesen Staat den Kopf hinzuhalten und von hinten haut man uns die Füße weg.

Am Montag und Dienstag dieser Woche hat die bereits vierte Verhandlungsrunde mit den öffentlichen Arbeitgebern stattgefunden. Doch die öffentlichen Arbeitgeber haben sich nicht bewegt. Sie haben kein neues Angebot vorgelegt.

Deshalb bewegen wir uns. Mit dieser Warnstreikaktion. Und mit weiteren, spürbaren Warnstreikaktionen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der nächsten Woche.

Die nächste Woche machen wir gemeinsam, solidarisch zur Woche der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes.

Ich kann versprechen - mit eurer Unterstützung - die Gewerkschaft der Polizei wird sich daran beteiligen und die GdP mit ihren grünen Fahnen wird sichtbar sein.

Die Wut und Enttäuschung ist groß genug.

Mehr Kohle heißt die Parole!

Wir wollen nicht zulassen, dass der Bundesinnenminister Schäuble, als Verhandlungsführer der Arbeitgeber, seinen Beschäftigten beim BKA und bei der Bundespolizei eine gerechte Bezahlung, einen angemessenen Anteil an der allgemeinen Einkommensentwicklung vorenthält.

Was sind die ständigen Dankesworte für unsere gute Arbeit wert?

Wir brauchen Bargeld statt leerer Worthülsen.

- Viele Kolleginnen und Kollegen befinden sich in wirtschaftlichen Notlagen,
- viele können es sich nicht mehr leisten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen,
- viele sind seit Jahren nicht mehr in den Urlaub gefahren,
- in vielen Familien leiden Kinder unter dem unzureichenden Familieneinkommen.

Das können wir nicht mehr hinnehmen. Es kann nicht angehen, dass sich die sog. Eliten die Taschen vollstecken, absahnen und Steuern hinterziehen, die Abgeordneten sich 9,4 % genehmigen, und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen weitere Minusrunden in Kauf nehmen.

Das ist modernes Raubrittertum. Wir lassen uns das nicht länger gefallen.

Da fehlt ein moderner Robin Hood als Innenminister. Ohne die berühmte Strumpfhose. Ein Innenminister, der den Reichen etwas vom Überfluss nimmt und den Bedürftigen, den Beschäftigten der Polizei gibt.

Die öffentlichen Arbeitgeber warten weiter ab. Die nächste und letzte Verhandlungsrunde ist für den nächsten Donnerstag und Freitag vorgesehen.

Und wenn es uns nicht gelingt, deutlich zu machen, dass wir nicht bereit sind, weitere Minusrunden zu akzeptieren, werden sie auch dann kein weitergehendes Angebot vorlegen.

Wir müssen uns bewegen. Wir müssen alle aktiv werden

Wer nicht handelt wird behandelt.

Gemeinsam können wir etwas bewegen.

Wir wollen Gerechtigkeit.

Wir haben unseren Beitrag an der Haushaltskonsolidierung geleistet.

Wir wollen unseren Anteil am Wirtschaftsaufschwung.

Nun sind wir dran.

Mehr Kohle heißt die Parole!